

Gerechter Frieden

Ines-Jacqueline Werkner  
Michael Haspel *Hrsg.*

# Bündnissolidarität und ihre friedensethischen Kontroversen

Fragen zur Gewalt · Band 4

 Springer VS

---

# Gerechter Frieden

## **Reihe herausgegeben von**

Ines-Jacqueline Werkner, Heidelberg, Deutschland

Sarah Jäger, Heidelberg, Deutschland

„Si vis pacem para pacem“ (Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.) – unter dieser Maxime steht das Leitbild des gerechten Friedens, das in Deutschland, aber auch in großen Teilen der ökumenischen Bewegung weltweit als friedensethischer Konsens gelten kann. Damit verbunden ist ein Perspektivenwechsel: Nicht mehr der Krieg, sondern der Frieden steht im Fokus des neuen Konzeptes. Dennoch bleibt die Frage nach der Anwendung von Waffengewalt auch für den gerechten Frieden virulent, gilt diese nach wie vor als Ultima Ratio. Das Paradigma des gerechten Friedens einschließlich der rechtserhaltenden Gewalt steht auch im Mittelpunkt der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 2007. Seitdem hat sich die politische Weltlage erheblich verändert; es stellen sich neue friedens- und sicherheitspolitische Anforderungen. Zudem fordern qualitativ neuartige Entwicklungen wie autonome Waffensysteme im Bereich der Rüstung oder auch der Cyberwar als eine neue Form der Kriegsführung die Friedensethik heraus. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, Analysen fortzuführen, sie um neue Problemlagen zu erweitern sowie Konkretionen vorzunehmen. Im Rahmen eines dreijährigen Konsultationsprozesses, der vom Rat der EKD und der Evangelischen Friedensarbeit unterstützt und von der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr gefördert wird, stellen sich vier interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppen dieser Aufgabe. Die Reihe präsentiert die Ergebnisse dieses Prozesses. Sie behandelt Grundsatzfragen (I), Fragen zur Gewalt (II), Frieden und Recht (III) sowie politisch-ethische Herausforderungen (IV).

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/15668>

---

Ines-Jacqueline Werkner ·  
Michael Haspel  
(Hrsg.)

# Bündnissolidarität und ihre friedensethischen Kontroversen

Fragen zur Gewalt • Band 4

 Springer VS

*Hrsg.*

Ines-Jacqueline Werkner  
Heidelberg, Deutschland

Michael Haspel  
Erfurt, Deutschland

Gerechter Frieden

ISBN 978-3-658-25159-8

ISBN 978-3-658-25160-4 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25160-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

# Inhalt

Bündnissolidarität im Widerstreit konkurrierender Friedensnormen. Eine Einführung .....	1
<i>Ines-Jacqueline Werkner</i>	
Deutsche Sicherheitspolitik im Spannungsverhältnis zwischen Friedensnormen und Bündnissolidarität. Eine politikwissenschaftliche Perspektive .....	13
<i>Matthias Dembinski</i>	
Zwischen Bündnistreue und militärischer Zurückhaltung. Die strategische Kultur der Bundesrepublik Deutschland ...	37
<i>Heiko Biehl</i>	
Militärische Zurückhaltung und Bündnissolidarität im Spiegel militärsoziologischer Studien .....	59
<i>Nina Leonhard</i>	

Bündnissolidarität – zur Genese des Begriffs in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik .....	83
<i>Björn Budde</i>	
Bündnissolidarität und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundlagen .....	101
<i>Christian Marxsen</i>	
Bündnissolidarität und ihre friedensethischen Implikationen. Eine Synthese .....	127
<i>Michael Haspel</i>	
Autorinnen und Autoren .....	139



# Bündnissolidarität im Widerstreit konkurrierender Friedensnormen

## Eine Einführung

Ines-Jacqueline Werkner

### 1 Einleitung

„Bündnissolidarität ist Teil deutscher Staatsräson“ – so ist es im aktuellen Weißbuch der Bundesregierung (2016, S. 49) zu lesen. Damit wird ihr höchste Priorität eingeräumt; sie scheint gesetzt und unhinterfragbar. Dass dies in der politischen Praxis nicht so eindeutig ist, zeigte sehr eindrücklich die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung der Resolution 1973 (im März 2011), mit der die Mitgliedsstaaten ermächtigt wurden, eine Flugverbotszone über Libyen einzurichten und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung zu ergreifen. Damit positionierte sich Deutschland – in einer Reihe mit China und Russland – gegen seine westlichen Verbündeten die USA, Großbritannien und Frankreich. In Politik, Medien und Öffentlichkeit wurde die Entscheidung des damaligen Außenministers Guido Westerwelle scharf kritisiert: Der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe sprach von einem „schwere[n] Fehler von historischer Dimension mit unvermeidlichen Spätfolgen“ (Der Spiegel). In gleicher Weise bewertete Kerstin Müller, die damalige

außenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, die deutsche Enthaltung als „schwerwiegende Fehlentscheidung“ (taz). Die Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Berliner Büros des *European Council on Foreign Relations* Ulrike Guérot (Der Freitag) stellte diese gar in den Kontext eines „deutsche[n] Nationalismus“. Schließlich kritisierte auch die Presse die Entscheidung als verantwortungslos. Noch nie habe sich Deutschland – so Jörg Lau von der ZEIT – gegen alle seine wichtigen westlichen Partner gestellt. Dagegen erklärte Westerwelle, er habe nicht verantworten können, die Bundeswehr in einen Krieg in Libyen mit hineinzuziehen. Im Rückblick seiner Zeit als Außenminister resümierte er: „In meiner Amtszeit war deutsche Außenpolitik Friedenspolitik.“ (Der Tagesspiegel)

Auch aus friedensethischer Perspektive scheint die geforderte Bündnissolidarität nicht so eindeutig zu sein wie im Weißbuch veranschlagt. 2013 versuchte die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr im Lichte des Leitbildes des gerechten Friedens zu bewerten. Dabei erwies sich das Argument der Bündnissolidarität als durchaus kontrovers. So stehen im sogenannten Afghanistanpapier der EKD gegensätzliche Positionen nebeneinander:

„*Ein Teil der Kammer* würdigt zwar die Einbindung des Afghanistaneinsatzes in die internationale Gemeinschaft, bestreitet aber, dass der Gesichtspunkt der Bündnissolidarität im Zweifelsfall Vorrang haben darf vor friedensethischen rechtlichen Selbstbindungen. *Ein anderer Teil der Kammer* betont, dass sich durch diese Einbindung in einen multilateralen Einsatz Erfordernisse gegenseitiger Rücksichtnahme ergeben, die sich nicht immer leicht mit den eigenen politischen und ethischen Auffassungen vereinbaren lassen, gleichwohl aber im Blick auf die Gesamtsituation von Gewicht sind.“ (EKD 2013, Ziff. 10, Hervorh. d. Verf.)

Abschließend kommt die Kammer für Öffentliche Verantwortung lediglich in dem Punkt überein, „dass Wertung und Reichweite

der ‚Bündnissolidarität‘ künftig genau zu prüfen sind“ (EKD 2013, Ziff. 10). Dieses Statement bleibt unbestimmt und lässt noch keine substanziellen Aussagen für künftige internationale Einsätze der Bundeswehr zu. Ziel dieses Bandes ist es daher, in Fortführung und Vertiefung dieser Debatten den Fokus auf das Argument der Bündnissolidarität zu richten und die in diesem Kontext existierenden Spannungen verschiedener Friedensnormen<sup>1</sup> und deren friedensethische Konsequenzen in den Blick zu nehmen und zu diskutieren.

## **2 Bündnissolidarität im Lichte politisch-militärischer Kultur**

### **2.1 Zum Konzept politisch-militärischer Kultur**

Debatten um staatliche Handlungsmaxime (wie die Bündnissolidarität) und widerstreitende Friedensnormen lassen sich in den Kontext politisch-kultureller Zugänge stellen und dort fruchtbar machen. Auch wenn diese in der Außen- und Sicherheitspolitik lange Zeit vernachlässigt wurden, wird seit dem Ende des Kalten Krieges von einer „renaissance of interest in culture in security studies“ (Desch 1998, S. 149) gesprochen. Mit dieser Akzentuierung erhält die politische Kultur im Bereich der Internationalen Beziehungen und der Außen- und Sicherheitspolitik den Status einer erklärenden Variablen (vgl. Florack 2005, S. 10f.).<sup>2</sup>

---

1 Friedensnormen bezeichnen „die in einer Gemeinschaft sittlich gebotenen und/oder unter den Betroffenen vereinbarten Handlungsanweisungen, die auf die Aufrechterhaltung, Förderung oder Stärkung des Friedens zielen“ (Dembinski 2017, S. 706).

2 Dieses Kapitel stützt sich auf Werkner (2006, S. 114ff.).

In ihrer allgemeinsten Form bedeutet politische Kultur die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme (vgl. Berg-Schlosser 1989, S. 746). Den Terminus prägte der US-amerikanische Politologe Gabriel A. Almond (1956, S. 396) als „a particular pattern of orientations to political action“. In dieser ersten Phase standen Einstellungen und Verhaltensweisen zum politischen System, seinen Institutionen und Aktionen im Mittelpunkt. In einer zweiten Phase der politischen Kulturforschung erfolgte eine Ausdehnung auf historische Erfahrungen, politisch gewachsene Traditionen und die Identität einer Nation. Zunehmend gewinnen – als ein weiterer Wesensgehalt politischer Kultur – Normen als „collective expectations about proper behavior for a given identity“ (Jepperson et al. 1996, S. 54) an Bedeutung.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stehen verschiedene Modelle zur Verfügung. Diese unterschiedlichen Ansätze und Begriffe reichen von „strategischer Kultur“ (u. a. Snyder 1977; Klein 1991; Johnston 1995; Lantis 2002) über „politisch-militärische Kultur“ (Berger 1996, 1998) bis hin zu „außenpolitischer Kultur“ (Maull 2001), „nationaler Sicherheitskultur“ (Duffield 1998, S. 61ff.) und „sicherheitspolitischer Kultur“ (Florack 2005). Eine einheitliche Definition existiert nicht. Allen Modellen gemeinsam ist ihr sozialkonstruktivistischer Ansatz<sup>3</sup> mit der Hervorhebung der Bedeutung von Kultur, Normen, Identität und Werten für politisches Handeln (vgl. u. a. Siedschlag 2003; Florack 2005, S. 10f.). In diesem Sinne verstehen sich alle genannten Ansätze

---

3 Der Sozialkonstruktivismus stellt eine Gegenposition zu rationalistischen Ansätzen dar. Er geht davon aus, dass die internationale Umwelt sozial konstruiert ist. Danach sind die Präferenzen von Staaten nicht gegeben, sondern werden durch Ideen, Normen und Werte vorgeprägt. Die Dispositionen ändern sich: Der Fokus der Betrachtung liegt nicht mehr in der Zweckrationalität, sondern in der sozialen Angemessenheit von Handlungen (vgl. Wendt 1992).

als eine Teilmenge der politischen Kultur, inhaltlich bezogen auf den Kontext von Krieg und Militär (das umfasst in der Regel Ansätze der politisch-militärischen oder strategischen Kultur) beziehungsweise weiter gefasst auf die Gesamtheit der Außen- und Sicherheitspolitik (insbesondere bei Ansätzen der außenpolitischen oder [nationalen] Sicherheitskultur vorzufinden).

## **2.2 Politisch-militärische Traditionsbestände in Deutschland**

Jede politische Kultur fußt auf Traditionsbestände, „auf Kontinuitäten des historischen und politischen Bewußtseins und Verhaltens, die sich von der Vergangenheit bis in die Gegenwart hinein mehr oder weniger wirksam erhalten haben“ (Sontheimer 1990, S. 14). Für Deutschland tun sich hier Schwierigkeiten auf, wovon Redewendungen wie „brüchige Tradition“ oder „verspätete Nation“ zeugen (Greiffenhagen 2002, S. 471). Alle vorangegangenen Epochen – Preußen und die Kaiserzeit, die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus – dienen heute nicht der nationalen Identifikation. Politische Tradition in der Bundesrepublik ist nicht durch eine relative Stabilität und Kontinuität gekennzeichnet, sondern durch viele Umbrüche, Verwerfungen und historische Einschnitte geprägt worden (vgl. auch Sontheimer 1990, S. 34f.).

Zu einer wesentlichen Traditionslinie der deutschen politischen Kultur vor 1945 gehörte die militärische Orientierung. „Die Deutschen hatten ein Faible für alles Militärische“ (Bergem 1993, S. 95). Diese Tradition begründete sich aus der Geschichte Preußens. Die erreichte Größe und Macht verdankte Preußen seiner Armee. So verband sich die nationale Identität mit dem Stolz auf das Militär. Das Militär wurde in Preußen zur Schule der Nation und der Offizier zum gesellschaftlichen Leitbild. Der Krieg wurde dabei als

historische Notwendigkeit erachtet und mythisch überhöht (vgl. Roth 1985, S. 15f.; Bergem 1993, S. 95ff.; Greiffenhagen 2002, S. 472f.).

Hinsichtlich politisch-militärischer Traditionsbestände steht die Zeit der Weimarer Republik für die negative Entwicklung der Armee zum Staat im Staate, das heißt für die Abkopplung des Militärs von der Republik und seiner Verfassung, verbunden mit der Mitverantwortung der Reichswehr an der Machtergreifung Hitlers (vgl. Berger 1996, S. 334). Dieser militärische Traditionsbruch war in erster Linie in einem Loyalitätsproblem begründet. Während das Offizierskorps in Preußen emotional und vernunftmäßig hinter dem Reich und dem Kaiser und damit der gesamten Staatsordnung stand, war das Offizierskorps in der Reichswehr noch stark monarchistisch geprägt und der Republik und seiner Verfassung gegenüber eher gleichgültig eingestellt (vgl. Hermann 1979, S. 373).

Der tiefe historische Einschnitt, der die politische und speziell auch die politisch-militärische Kultur in der Bundesrepublik nachhaltig prägte, war der Nationalsozialismus. Die Bundesrepublik konnte sich als politisches Gemeinwesen nur etablieren, wenn sie von ihren politischen Traditionen, die zu diesem Desaster geführt hatten, abrückte. In der Folge wurden nationalistische, militaristische und antidemokratische Traditionen bewusst unterdrückt (vgl. Sontheimer 1990, S. 35).

### **2.3 Normen deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Vor dem Hintergrund dieser politisch-militärischen Traditionslinien, insbesondere der historischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, entwickelte sich nach 1945 in der Bundesrepublik eine Politik der Zurückhaltung. Diese stützte sich auf drei handlungsleitende Normen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: auf

den Antimilitarismus, den Multilateralismus sowie die Integration und Westbindung (vgl. Berger 1996, S. 338; Duffield 1998, S. 60ff.; Maull 2001, S. 651ff.; Florack 2005, S. 45f.). Mit der Norm des Antimilitarismus verbunden war der friedensethisch motivierte Appell „Nie wieder Krieg!“. Das bedeutete eine Skepsis gegenüber militärischer Macht und der Anwendung militärischer Mittel in der Politik. Militär als ein Instrument der Außenpolitik wurde zumindest bis 1990 kategorisch abgelehnt. Mit dem Multilateralismus und der damit eng verbundenen europäischen Integration und Westorientierung wurden außenpolitisch verschiedene Ziele verfolgt: Einmal wurden auf diese Weise deutsche Sonderwege und Alleingänge verhindert. Die Bundesrepublik wurde in die westeuropäische und transatlantische Gemeinschaft hineingenommen, verbunden mit einer starken Allianzbindung in EU und NATO. Zum anderen führte die europäische Integration nicht nur zur Überwindung des Nationalismus und antidemokratischer Strukturen, sondern gab der Bundesrepublik nach ihren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus auch die Chance einer neuen nationalen beziehungsweise europäischen Identität.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahren gerieten diese Normen unter Anpassungsdruck. In der Folge lässt sich ein „gestiegene[s], aber durchaus verantwortungsorientierte[s] und moderate[s] Selbstbewusstsein“ (Maull 2001, S. 655) erkennen. Deutschland übernimmt inzwischen eine größere regionale und globale Verantwortung. Damit hat sich die außen- und sicherheitspolitische Kultur um eine neue Komponente erweitert (vgl. Duffield 1998, S. 68; Maull 2001, S. 656). Die oben identifizierten Grundlagen und Normen bestehen aber in wesentlichen Aspekten weiter fort. Die Bedeutung des Multilateralismus und der europäischen Integration ist unverändert geblieben. Letztlich zeugt davon auch die „jeden Sonderweg vermeidende deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 mit dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr“ (Bergem 2002,

S. 196). Dabei wird die Bündnissolidarität mit dem Argument der gestiegenen Verantwortung Deutschlands verknüpft. In dieser Konstellation tritt dann allerdings die Norm des Multilateralismus in Konkurrenz zu der des Antimilitarismus. Dieses Spannungsverhältnis wird gelöst durch eine zunehmende Verschiebung der Handlungsaufforderung von „Nie wieder Krieg!“ zu „Nie wieder Auschwitz!“ (Joschka Fischer), verbunden mit der Aufforderung, Aggressoren deutlich entgegenzutreten (vgl. Florack 2005, S. 50ff., 130ff.). Die grundsätzliche Skepsis gegenüber militärischen Mitteln in der Politik ist im Kern aber geblieben, was sich beispielsweise an der Ablehnung des Irakkrieges oder aber an der oben erwähnten deutschen Enthaltung bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat zum Libyeneinsatz zeigt. Angesichts dieser Konstellation konstatiert auch Michael Schwab-Trapp (2002, S. 118), dass die Bündnissolidarität implizit gegen das Gebot der militärischen Selbstbeschränkung ausgespielt werde.

### 3 Zu diesem Band

Vor diesem Hintergrund reflektiert der Band das Spannungsverhältnis der beiden dominierenden politischen Handlungsmaximen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: einerseits die militärische Zurückhaltung – und dafür spricht auch die rechtliche Regelung der Bundeswehr als Parlamentsarmee – und andererseits die auf Multilateralismus und Westbindung basierte Bündnissolidarität.

*Matthias Dembinski* untersucht das Spannungsverhältnis zwischen Bündnissolidarität und einer Kultur der Zurückhaltung beziehungsweise einer Ausrichtung am Ideal der Zivilmacht aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Ausgehend von drei zentralen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen – dem politischen Realismus, dem Konstruktivismus und dem Neo-Institutionalismus